

# Suche nach einem Konzept

## KULTUR Morsbroich und Musikschule bleiben im Rampenlicht

VON THOMAS KÄDING

Für die Finanzierungskrise in der städtischen Kultur gibt es noch kein Heilmittel. Bestenfalls ein paar Ansätze. Einer davon: das Museum Morsbroich in eine Stiftung zu überführen und so auf stabilere Füße zu stellen. Klingt gut: „Da sind wir sofort dabei“, erklärte im Stadtrat sogar Erhard Schoofs. Der Fraktionschef der Bürgerliste ist seit Jahren der schärfste Kritiker des Museums für zeitgenössische Kunst. Am Montagabend aber sagte er: „Wir haben nichts gegen das Museum.“ Ein tragfähiges Konzept erkenne er aber bisher nicht.

Zu den Ideen, wenigstens neue Einnahmequellen für das Schloss zu erschließen, gehört eine bessere Vermarktung der prunkvollen Versammlungsräume. Thomas Eimer-

macher will es aber auch nicht übertreiben mit den Festivitäten unter Stuck. „Das heißt nicht, dass jeder 18. Geburtstag im Spiegelsaal gefeiert wird“, erklärte der CDU-Fraktionschef. Er und seine Parteifreunde wollen sich indes auch noch einmal dem Gutachten

„Das heißt nicht, dass jeder 18. Geburtstag im Spiegelsaal gefeiert wird

Thomas Eimermacher

der Wirtschaftsprüfer widmen, das so hohe Wellen in der Stadt geschlagen hat. Die Bestandsaufnahme enthalte einige grobe Fehler, die wiederum in falsche Schlussfolgerungen und Empfehlungen mündeten. In der Musikschule etwa arbeiteten nicht 36 Prozent der Lehrer auf Honorarbasis, sondern

nur 22. Insofern spare auch die von den Prüfern vorgeschlagene Verdopplung der Beschäftigten ohne Anstellungsvertrag viel weniger Geld als berechnet: Von 400 000 Euro im Jahr könne keine Rede sein. Am Dienstag positionierten sich CDU, Grüne und Opladen plus endgültig zur Musikschule: Der Anteil an Honorarkräften soll auf höchstens 26 Prozent steigen und diese Quote bis 2022 festgeschrieben werden.

Eine Art Bestandsgarantie könnte aus einem neuen Einsatzgebiet erwachsen: Die Musikschule soll in die Kitas gehen und dort den spielerischen Umgang mit Instrumenten zum Allgemeingut machen. In Nachbarstädten gebe es schon vergleichbare Angebote, heißt es in dem Antrag. Dort soll die Stadtverwaltung Erfahrungsberichte einholen.